Stand: 13.12.2025 08:24:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7270

"G7 Gipfel: Keine Benachteiligung der Bayerischen Polizei bei den Bereitschaftszeiten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7270 vom 26.06.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8281 des KI vom 13.10.2015
3. Beschluss des Plenums 17/8708 vom 28.10.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 28.10.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.06.2015 **Drucksache 17/7270**

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

G7 Gipfel: Keine Benachteiligung der Bayerischen Polizei bei den Bereitschaftszeiten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zeiten, die bayerische Polizistinnen und Polizisten im Rahmen ihres Einsatzes für den G7 Gipfel geleistet haben, vom Verlassen des Heimatdienstortes bis zur Rückkehr vollumfänglich in einer 1:1 Stundenschreibung als Arbeitszeit anzuerkennen, sofern sie auch außerhalb der reinen Einsatzzeiten faktisch räumlich am Einsatzort gebunden waren.

Begründung:

Bayerische Polizeieinsatzkräfte haben während des G7 Gipfels teilweise unter schwierigen Einsatzbedingungen und bei Extremwetterereignissen ihren Dienst abgeleistet. Daher soll für die Bayerische Polizei die gesamte Einsatzzeit im Rahmen des G7 Gipfels als Arbeitszeit anerkannt werden.

Bislang verweigert das Innenministerium eine 1:1 Stundenschreibung für Bereitschafts- und Wartezeiten, die im Rahmen des G7 Gipfels durch die Bayerische Polizei geleistet wurden.

Das stellt eine Benachteiligung der bayerischen Polizeieinsatzkräfte im Verhältnis zu ihren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern dar: Bereits sechs Bundesländer führen eine 1:1 Stundenschreibung von Bereitschafts- und Wartezeiten durch. Die bayerischen Polizeieinsatzkräfte dürfen hingegen nur die reine Dienstzeit anrechnen. Diese Ungerechtigkeit führt dazu, dass bayerische Polizistinnen und Polizisten auch bei künftigen Einsätzen in anderen Bundesländern schlechter gestellt werden, da gegenseitige landesübergreifende Einsätze mittels eines Stundenkontos gegengerechnet werden. Diese Schlechterstellung bayerischer Beamtinnen und Beamten ist unakzeptabel.

Wie Gewerkschaftsvertreter von Deutscher Polizeigewerkschaft (DPolG) und Gewerkschaft der Polizei (GdP) zudem berichteten, gingen die Abschnittsführer im Einsatz auch sehr unterschiedlich mit ihren Anordnungen zur Ruhezeit um. Manche ordneten Freizeit ohne Vergütung an, andere gingen „auf Nummer sicher“ und ordneten zwar Ruhepausen an, aber verbunden mit dem Hinweis, dass ggf. bei einem notwendigen Einsatz mit dem sofortigen Abmarsch gerechnet werden müsse – dies ist klar und eindeutig voll zu vergütender Bereitschaftsdienst i.S. der Rechtsprechung des EuGH. Auch diesbezüglich sollte Gleichbehandlung mit voller Anerkennung der Gesamteinsatzzeit erfolgen.

Die Staatsregierung ist aufgefordert, ihrem Dank an die Bayerische Polizei nun auch die verdiente Anerkennung folgen zu lassen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 13.10.2015 **Drucksache 17/8281**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**7270**

G7 Gipfel: Keine Benachteiligung der Bayerischen Polizei bei den Bereitschaftszeiten!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Katharina Schulze**
Mitberichterstatter: **Manfred Ländner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 15. Juli 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 13. Oktober 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.10.2015 **Drucksache** 17/**8708**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**7270**, 17/**8281**

G7-Gipfel: Keine Benachteiligung der Bayerischen Polizei bei den Bereitschaftszeiten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen, bitte! – Enthaltungen? – Danke. Dann ist das einstimmig angenommen, und der Landtag übernimmt diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 5. Oktober 2015 (Vf. 14-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 14 Abs. 1 Satz 3, des Art. 23 Abs. 1 Satz 2 und des Art. 24 Abs. 1 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, 528, ber. S. 764, BayRS 2033-1-1-F), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 24. Juli 2015 (GVBl S. 266)
PII/G1310.15-0008
Drs. 17/8649 (E)

   I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

   II. Der Antrag ist unbegründet.

   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Gesetzlichen Mindestlohn an bayerischen Hochschulen sicherstellen
Drs. 17/6969, 17/8518 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
G7 Gipfel: Keine Benachteiligung der Bayerischen Polizei bei den Bereitschaftszeiten!
Drs. 17/7270, 17/8281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Kleingruppenhaltung von Legehennen so schnell wie möglich beenden
Drs. 17/7368, 17/8522 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rückgabe von Raubkunst
Drs. 17/1807, 17/8302 (E) [X]

Abweichendes Votum des **federführenden** Ausschusses für Wissenschaft und Kunst in der **Zweitberatung**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z